



## Myanmar - Der untergegangene Juwel

Mönche in safranroten Roben demonstrierten in Rangun vor der Shwedagon-Pagode, einer der heiligsten Stätten Myanmars gegen Repressionen des Militärregimes. Die Armee schlug die Unruhen im September 2007 blutig nieder. Anfang Mai verwüstete der Zyklon Nargis weite Teile des Landes, doch die Regierung lässt keine ausländischen Hilfsgüter zu. Die Oppositionspolitikerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi steht seit 1990 in Rangun unter Hausarrest. Seit Jahren erreichen uns nur negative Berichte aus Myanmar. Was geht vor in dem südostasiatischen Land, das sich so gut es geht von der Außenwelt abschirmt.

In Myanmar herrscht ein diktatorisches Militärregime, das allen freiheitlichen Tendenzen gewaltsam entgegenwirkt. Nach einer kurzen demokratischen Phase im Anschluss der Unabhängigkeitserklärung 1948, als das Land „Juwel Südostasiens“ genannt wurde, übernahm das Militär durch einen Putsch 1962 die Macht. Im September letzten Jahres kam es zu großen Protesten im ganzen Land. Anfangs marschierten buddhistische Mönche durch die Großstädte, um gegen eine Erhöhung des Treibstoffpreises von bis zu 500 Prozent zu protestieren. Weite Teile der Bevölkerung konnten sich diese Teuerung nicht leisten und mussten große Einschränkungen im alltäglichen Leben auf sich nehmen.

### Weltweite Solidaritätsbekundungen

In den folgenden Tagen gingen bis zu 100 000 Zivilisten auf die Straße. Sie forderten nicht nur, dass die Regierung die teuren Preise zurücknehmen soll, sondern auch Demokratie. Eine Woche lang ließ die Regierung unter General Than Shwe die Protestierenden gewähren, dann schlug sie die Demonstrationen gewaltsam nieder. Unterschiedliche Quellen berichten von 15 bis 200 Toten, darunter ein japanischer Journalist. Weltweit führte der Einsatz von Gewalt gegen die Protestierenden zu Solidaritätsbekundungen. „Ich rufe alle Nationen, die Einfluss auf das Regime haben, dazu auf, mit uns zusammen die Bestrebungen des birmanischen Volkes zu unterstützen und die birmanische Junta dazu aufzufordern, die Gewalt gegen das eigene Volk einzustellen“, hieß es beispielsweise in einer Erklärung des amerikanischen Präsidenten George W. Bush.

Eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verhinderten jedoch Russland und die birmanische Schutzmacht China, die sowohl militärisch als auch wirtschaftlich mit Myanmar zusammenarbeitet. Die Weltöffentlichkeit konnte nur zusehen, wie das Regime in vielen Klöstern Razzien durchführte, tausende Mönche und Zivilisten verhaftete und in Arbeitslager steckte. Zudem kappte die Regierung die Internetverbindung, damit so wenig Bilder und Informationen wie möglich ins Ausland drangen.

### Symbiose zwischen Staat und Religion

Die ausländischen Medien nannten die Demonstrationen Safranrevolution, da sie buddhistische Mönche in ihren roten Roben auslösten. In Myanmar sind der Klerus und die Regierung in besonderem Maße von einander abhängig. Die buddhistischen Mönche leben von den Almosen der Bevölkerung. Geht es den Menschen wirtschaftlich schlechter, wie durch die von der Regierung festgesetzten Preissteigerungen im August 2007, ist auch die Lebensgrundlage der Mönche gefährdet.

Andererseits ist die Religion auch für die Regierung überlebenswichtig. Denn wer die Mönche nicht materiell unterstützt, verwehrt sich das Recht auf Wohlstand, Ansehen und den buddhistischen Kreislauf der Wiedergeburt. Im streng gläubigen Myanmar käme dies einer Exkommunikation gleich. Religiöser Streik ist somit auch immer politischer Aufruhr. Nicht umsonst heißt „streiken“ auf birmanisch soviel wie „die Reisschale umdrehen“, also dem Ablehnen von Almosen.

Doch die Aufstände im September 2007 waren nicht die ersten, die sich gegen die Junta richteten. Schon im August 1988 gingen hunderttausende Menschen im ganzen Land auf die Straße und forderten friedlich demokratische Reformen. Auch damals schlug die Regierung den Aufruhr nieder – Was laut Menschenrechtsorganisationen rund 3000 Menschen das Leben kostete. Trotz der repressiven Maßnahmen der Regierung gewann die demokratische Partei „National League for Democracy“ 1990 die Parlamentswahlen



deutlich. Das Militärregime kannte das Ergebnis aber nie an und setzte die Parteivorsitzende Aung San Suu Kyi unter Hausarrest.

Doch nicht nur gegen die demokratische Opposition kämpft die Junta. Auch die Einheit des Staates ist in Gefahr, denn mehrere Ethnien des Vielvölkerstaates, allen voran das Bergvolk der Karen, wollen ihren eigenen Staat. Die birmanische Regierung versucht dies mit ethnischen Säuberungen und Massenmorden zu verhindern.

### **Jahrzehntelange Misswirtschaft**

Doch nicht nur politisch hat das Land große Probleme, denn die Wirtschaft liegt brach. Eigentlich hätte das Land gute Voraussetzungen: Es besitzt Öl- und Gasvorkommen, Edelsteine werden gefördert und das Irrawady-Delta ist sehr fruchtbar. Dennoch ist die Bevölkerung arm, weil das Militärregime es nicht verstand diese wirtschaftlichen Vorteile auszunutzen. Stattdessen belastet Korruption die wirtschaftliche Entwicklung.

In einer Statistik der Organisation Transparency International, die das Maß an Korruption untersucht, belegt Myanmar den letzten Platz. Dazu kommt eine hohe Inflationsrate, die die einheimische Währung Kyat wertlos macht. Vor allem in den Grenzregionen hat sich die chinesische Währung Renminbi als Ersatzwährung durchgesetzt. Ein wichtiger Wirtschaftszweig ist der offiziell illegale Drogenanbau und -schmuggel.

Ein weiterer hemmender Punkt für die Entwicklung des Landes sind die Ausgaben für Militär, Polizei und Geheimdienst. Sie umfassen rund 50 Prozent des Staatshaushaltes und machen ausreichende Investitionen in wichtigen Sparten wie Bildung und Gesundheit unmöglich. Die Militärjunta macht sich einer groben Misswirtschaft schuldig, wodurch die Birmanen weiterhin in Armut leben müssen, die Macht des Regimes aber erhalten werden kann.

### **Tod hunderttausender Menschen durch Verantwortungslosigkeit**

Ein zusätzlicher Schlag gegen die Wirtschaft waren die Verwüstungen, die der Zyklon Nargis im Mai dieses Jahres im Westen des Landes verursachte. Der Sturm zerstörte 42 Prozent aller Nahrungsvorräte und kostete offiziellen Angaben zufolge rund 80 000 Menschen das Leben, hunderttausende wurden obdachlos. Trotz dieser humanitären Katastrophe ließ die Regierung keine ausländischen Hilfsgüter ins Land. Josef Silverstein, emeritierter Professor der Rutgers-University und langjähriger Burma-Experte sagt: „Sie befürchten, dass ausländische Soldaten die Vorhut für einen Sturz der Regierung sein könnten.“

„Das Regime zieht nach dem Zyklon aus Verfolgungswahn und Verantwortungslosigkeit den Tod hunderttausender Mitbürger vor. Es geht gewaltsam gegen ethnische Minderheiten vor, Korruption und Drogenanbau dominieren die Wirtschaft. Die Bevölkerung lebt in bitterer Armut, wohingegen der Regierungschef Than Shwe eine opulente Hochzeit für seine Tochter veranstaltet. Der Name, den sich die Militärregierung selbst gegeben hat, „Staatsrat für Frieden und Entwicklung“, klingt da wie reiner Zynismus.“

(Text: Katharina Brunner)